Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

2. Jahrgang — Donnerstag, den 4. November 1926 — Nummer 247

Fememörder Schulz freigesprochen!

Schamloser Abschluß des Landsberger Skandals

Freispruch für Fememörder — Hochverratsprozeß gegen die Zentrale der KPD.

Landsberg, 4. Nov.

Gestern abend gegen 8 Uhr wurde folgendes Urteil verkündet:

Die Angeklagten **Rehm, Willi Klapproth** und **Vogel** werden **freigesprochen.**

Oberleutnant **Schulz wird freigesprochen.**

Die Angeklagten **Schiburr, Gräz und Fricke werden wegen** Körperverletzung **mittels gefährlichen Werkzeugs: Schiburr** zu 1 Jahr, **Gräz zu 4 Monaten, Fricke zu 8 Monaten** Gefängnis verurteilt.

Becker wird wegen **Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung** in Tateinheit **mit Nötigung zu 9 Monaten Gefängnis, Kassael** wegen **Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs** in Tateinheit **mit Nötigung, Meineids und Beihilfe zum Mord zu 8 Jahren Zuchthaus und Verlust** der bürgerlichen Ehrenrechte **auf 5 Jahre, Glaser** wegen Beihilfe zum **Mord zu 3 Jahren Zuchthaus, Erich Klapproth** wegen Beihilfe **zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus und** Verlust der bürgerlichen **Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt.**

Von der erlittenen **Untersuchungshaft werden angerechnet: Schiburr 4 Monate, Becker 8 Monate, Kassael** 19 Monate, **Glaser 15 Monate und Erich Klapproth 14 Monate.** Von der Anklage **der Körperverletzung wird Kassael freigesprochen.** Soweit **Freisprechung** geschah, **fallen die Kosten** der Staatskasse zur Last, **im übrigen den Angeklagten. Die Haftbefehle gegen Fricke, Willi Klapproth, Vogel und Schulz werden aufgehoben. Fricke, Willi Klapproth und Vogel werden auf freien Fuß gesetzt. Gegen Paul Schulz läuft in einer anderen Sache noch Untersuchungshaft. Strafaussetzung wird in keinem Falle für angemessen anerkannt.**

Die Angeklagten **behalten sich ihre Entscheidung über Annahme des Urteils oder Einlegung eines Rechtsmittels vor.**

Aus der „Urteilsbegründung":

„Das Schwurgericht muß sich **zurückversetzen** in den Juli des Jahres 1923, wo das deutsche Volk unter besonderer wirtschaftlicher Not, und Zerrissenheit litt..."

„Die Mißhandlungen an Gröschke, die unberechtigte Grausamkeit mögen **durch einen Irrtum entstanden sein,** sie sind aber keineswegs zu **entschuldigen.**"

„Es fragt sich (?), ob der Angeklagte **Erich Klapproth** der Mittäterschaft schuldig ist. **Die Aeußerung: „Kann ich schießen?" und: „Schieß doch!"** spricht dafür, aber das Gericht hat anderseits berücksichtigt, daß Büsching als ein gewalttätiger, äußerst roher Mensch bekannt war. Es hat daher angenommen, die **Bemerkung** des Klapproth konnte wohl dahin gehen: „Laß ihn fahren, ich will ihm helfen", soweit er das für notwendig erachtet.

Deshalb hat **das Gericht nur Beihilfe angenommen."**

*

Der „vertrauensselige" Oberleutnant Schulz

„Das Gericht hat endlich die **Anstiftung** bei Oberleutnant Schulz verneint. **Zwar** ist das Gericht der Ueberzeugung, daß das, was der Angeklagte Becker hier **gesagt** hat, und was der Oberleutnant **Schrenk aussagte,** nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, sondern **daß etwas Wahres daran** ist, **und daß die Aeußerungen** von **Oberleutnant Schulz** in diesem Sinne **gefallen** sind, aber was nun im einzelnen gesagt worden ist, kann nicht festgestellt werden. Und **wenn auch** Büsching und Klapproth dem Oberleutnant Schulz treu ergeben waren, wenn sie ihm auch anhingen, so kann das Gericht doch nicht feststellen, daß von ihm auf diese beiden **eingewirkt worden ist.** Eine moralische (!) Schuld legt aber das Gericht dem Angeklagten Schulz auf, weil es die Meinung hat, daß er den beiden und noch anderen **zu viel Vertrauen geschenkt** habe."

*

Trotz klarer und **einwandfreier** Zeugenaussagen, die sich selbst in dieser Verhandlung **nicht vermeiden** ließen, erfolgte der Freispruch. Das Beispiel jenes Fememordprozesses Paasch, wo man die **Werkzeuge** zum Tode verurteilte, die Anstifter und Urheber **aber gleichfalls freisprach,** wurde in Landsberg **klassisch befolgt.** Der Chef der Fememörder, ohne dessen Wissen, sogen dessen Willen im ganzen Umkreis der Schwarzen Reichswehr **nicht das mindeste** unternommen wurde, geht frei und unbescholten, mit einer sanften „moralischen Warnung" **aus dem Prozeß hervor. Seine Auftraggeber** hatten offenbar Vorsorge getroffen und alles ordnungsgemäß so geschoben, **um seinen Kopf zu sichern.**

Wer aber sind diese Hintermänner? Wer ist es, dessen Hand über der Landsberger Verhandlung lastete? Wer sorgte dafür, daß der Major Buchrucker nur die Hälfte seiner Aussagen machte, daß der überwiegende Teil der Belastungszeugen durch den Vorsitzenden **eingeschüchtert,** zurechtgewiesen und in ihrer Aussagefreiheit **beschränkt** wurde? Wer trug die Verantwortung dafür, daß der wichtigsten Belastungszeugen **überhaupt nicht** gehört werden? Wer hatte ein Interesse daran, daß in diesem Prozeß, wo man der **Form** nach die Oeffentlichkeit **nicht ausschloß,** trotzdem einen **dichten Schleier des Geheimnisses** über die Hintergründe der Fememorde in der Schwarzen Reichswehr zu breiten?

Der Hauptschuldige hatte dieses Interesse!

Derjenige, der den Oberst **Gudowius** als Vertreter des Reichswehrministeriums zum Prozeß **delegierte,** jenen Gudowius, der trotz Kabinettsbeschluß immer wieder nach den formellen Ausschluß der Oeffentlichkeit verlangte. Und dieser Auftraggeber ist zugleich der **einzige,** der ein Interesse daran hatte, den Kopf des Oberleutnants Schulz vor allen Gefahren zu schirmen:

Es ist Geßler!

Geßler war es, der im Sommer 1923 die „Landesverteilung an den Oberleutnant Schulz verpachtete".

Geßler war es, der im Reichstag hundertmal die Existenz der Schwarzen Reichswehr, der Fememordorganisationen, der militärischen Arbeitskommandos ableugnete.

Geßler war es, der mit Hilfe der Klassenjustiz jeden ins Zuchthaus oder Gefängnis beförderte, der **es wagte,** die Vorhänge zu lüften, hinter denen sich die blutigen Geheimnisse der Schwarzen Reichswehr abgespielt hatten.

Dieser Geßler, seines Zeichens **Demokrat,** war der Verantwortliche, durch den sich alle unteren Organe gedeckt fühlten. Gegen ihn hätte sich die Verhandlung wenden müssen, wenn die Schulz, Buchrucker usw. ausgepackt hätten. Darum durfte der Kopf des Oberleutnants Schulz auch nicht eine Sekunde gefährdet werden. Darum durfte **kein Prozeß geführt** werden, sondern eine **schamlose Komödie.** Aber alle krampfhaften Bemühungen der Hauptschuldigen, sich, gestützt auf ihre Machtpositionen im Herrschaftsapparat der Bourgeoisie, der Verantwortung zu entziehen, werden nichts fruchten. Trotz dieser Prozeßführung, trotz dieses Vorsitzenden, trotz dieses Urteils steht dennoch fest:

Die Schwarze Reichswehr mit ihrem Arbeitskommando, mit ihren bestialischen Menschenmißhandlungen, mit ihren Folterkammern und Fememorden ist unter Geßlers Augen, mit seinem Wissen und Willen, geschaffen worden!

Und weiter: Zu denen, die die Existenz dieser Schwarzen Reichswehr **kannten, duldeten** und **billigten,** gehört auch **jener** ehemalige Innenminister **Severing,** der heute im Verein mit Geßler seine **Unschuld beteuert** und den „Hausarzt" **vorschützt,** um sich nicht zur Sache selbst äußern zu müssen.

Allen diesen keine Schwierigkeiten zu bereiten — das war das Ziel der Klassenjustiz in Landsberg. Sie hat ihre „Arbeit" **verdienstvoll** durchgeführt.

Und es ist gleichsam nur eine **Unterstreichung** des brutalen und zynischen Klassencharakters dieser bürgerlichen „Gerechtigkeit", **wenn in demselben Augenblick,** wo der Oberleutnant Schulz freigesprochen wurde, sich die Nachricht tatsächlich bewahrheitet, daß diese Justiz ihr schändliches Attentat gegen die Kommunistische Partei, den **Prozeß gegen die Zentrale,** faktisch durchführen will. Dieser Plan, **am 18. November in Leipzig den Zentralepozeß steigen zu lassen,** um so während des kommenden Hungerwinters der deutschen Arbeiterschaft einen Teil ihrer besten Führer zu rauben, ist

die würdige Kehrseite der Landsberger Justizschande!

Die Arbeiterschaft wird, durch das Schauspiel von Landsberg aufgerüttelt, mit verdoppelter Kraft den Anschlag der Klassenjustiz gegen die KPD abwehren. Sie wird alle ihre Kräfte sammeln im **Kampf gegen die Reaktion, gegen die Geßler und Severing und gegen die mit ihnen verbündete monarchistische Justiz!**

Der Fürstenreichstag gegen die Erwerbslosen

Die SPD-Führer stimmen gegen die sofortige Behandlung der Erwerbslosenanträge und die Verhinderung des Fürstenraubzuges. — Massenprotest der Berliner Arbeiter.

Berlin, 4. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

In mehr als 20 überfüllten Versammlungen erhoben gestern die Berliner Erwerbslosen Protest gegen die Ablehnung ihrer Forderungen. In 4 wuchtigen Abendveranstaltungen protestierten die Betriebsräte.

Die sozialdemokratisch-bürgerliche Mehrheit im Reichstag hat gestern einen Antrag der Kommunisten auf sofortige Regelung der Erwerbslosenanträge und des Fürstenraubzuges niedergestimmt. Ausdrücklich stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch dagegen, daß der kommunistische Entschließungsantrag auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt wurde. Ergänzt wurde die schmutzige Haltung der SPD-Führer durch die Ablehnung des Vertagungsbeschlusses, der sich gegen die Neuauflage des wilhelminischen Reichsverkehrsgesetzes wendet. Die SPD-Führer wollen auch gemeinsam mit den Regierungsparteien die Erwerbslosen durch eine neue Vorlage betrügen.

Was nun?

Von Arthur Lieberasch

Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen hat verheerend in den Reihen der Bürgerlichen und der Sozialdemokratischen Partei gewirkt. Ratlos steht die bürgerliche und sozialdemokratische Presse dem Votum der sächsischen Wähler gegenüber. Wer wird die Regierung bilden, wer wird Ministersessel erhalten? Wie lange werden wir leben?

Die „linkeste" sozialdemokratische Zeitung, das **Zwickauer „Sächs. Volksblatt"** schreibt: „Wir stehen auch nach dem Ausgang dieser Wahl auf dem Standpunkt, daß in Sachsen **zunächst der Versuch gemacht werden muß, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden.** Die Kommunisten allerdings haben schon vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Minderheitsregierung nicht unterstützen werden, wenn diese zu gleicher Zeit die Unterstützung der VSPD benötigt."

Seydewitz ist also bereit, die Unterstützung **derjenigen** zu erkaufen, die er bisher als **Handlanger der Reaktion,** als Arbeiterverräter und Nationalfaschisten bezeichnet hat. Er will es den Kommunisten als Schuld anrechnen, wenn sie diesen Verrat am Willen der sozialdemokratischen Arbeiter verhindern.

Von der anderen Seite stößt der **„Vorwärts"** vor. Er läßt sich aus Dresden melden: „Eine **sozialistische Mehrheit** wäre nur **vorhanden,** wenn die Sozialdemokratische Partei, die Alte Sozialdemokratie und die Kommunisten sich zur Stützung einer Regierung zusammenfinden. Es dürfte aber **ausgeschlossen** sein, daß die sogenannte **Alte Sozialdemokratische Partei** bereit ist, eine sozialistische Minderheitsregierung **gemeinsam** mit den Kommunisten zu stützen."

Nach dieser Meldung hat der Parteivorstand **bereits mit der VSPS verhandelt,** um das, **was** Seydewitz im „Sächs. Volksblatt" propagiert — die Unterstützung der VSPS — zu erhalten. Daß der Parteivorstand, der die 23 auf Grund des Widerstandes seiner Mitglieder fallen lassen mußte, jetzt mit allen Mitteln versucht, die 23 wieder in die Partei zurückzuführen, ist selbstverständlich. Die Politik der 23 **war seine Politik,** sie war dieselbe Politik, die die preußische Landtagsfraktion beim Hohenzollernvergleich und die die Berliner Stadtverordnetenfraktion bei der Verhinderung der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit im Berliner Magistrat betrieb. Er will diese Politik auch in Sachsen gegen den Willen seiner Mitglieder durchsetzen. Dabei findet er die Unterstützung der „linken" sozialdemokratischen Führer.

Diese treiben eine verstärkte Kommunistenhetze. Die **„Chemnitzer Volksstimme"** schreibt: „Kein Zweifel, daß die sächsischen Sozialdemokraten noch einmal gegen Sonne und Wind kämpften. Sie hatten es mit der kommunistischen Demagogie zu tun, deren Entlarvung ohne **die vorerwähnten Faktoren** (schlechte Wirtschaftslage und Hohenzollernvergleich) **eine Leichtigkeit** gewesen wäre. Es gab Zeiten, wo die arbeiterfeindliche Politik der Kommunisten in Sachsen, die mit dem Bürgertum so oft Hand in Hand gingen, klar und deutlich zutage getreten war."

Ebenso sah ja auch die **„Dresdener Volkszeitung"** den Zuwachs der Kommunisten und den Rückgang der sozialdemokratischen Wähler nur in der verzweifelten Lage infolge der großen Erwerbslosigkeit und in dem kommunistischen „Wortradikalismus". Dasselbe tritt beim **„Sächs. Volksblatt"** in Erscheinung. „Nur der riesengroßen Wirtschafts- und Arbeitslosennot sei der Erfolg der KPD zu danken." Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse in Sachsen, lauter „linke" Zeitungen, ist nur auf **parlamentarischen Kuhhandel** gerichtet. Ihr Ziel ist die **Große Koalition. Kommunistenhetze** soll die „Linken" dabei decken!

Das Leipziger Hetzorgan, die **„Neuesten Nachrichten",** droht bereits mit der **Zwangsverwaltung, also Diktatur.** Es verlangt die Verhängung der offenen Diktatur in Sachsen, um dieselbe Politik fortzusetzen, die bisher unter dem Mantel der Demokratie, durch die **Koalitionsregierung** für das **Großkapital** betrieben wurde. Nun will man dem sächsischen Volke das Spielzeug eines „demokratischen" Landtages und der Selbstbestimmung aus den Händen nehmen, weil es ihrer Auffassung nach damit nicht umzugehen weiß. Deshalb offene Diktatur. Der demokratische Reichsinnenminister Külz soll **dasselbe** tun, was im Oktober 1923 der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert in Form der Reichswehr-Exekutive getan hat.

Die Arbeiter müssen den **parlamentarischen Kuhhandel** und auch die **diktatorischen Absichten** der Bourgeoisie zu schanden machen. Sie müssen die Fragen **außerparlamentarisch** stellen. Angesichts der riesenhaften Erwerbslosigkeit, des Abbaues der Erwerbslosen- und Fürsorgeunterstützung, der weiteren Rationalisierung auf Kosten der Werktätigen, die das Elend immer mehr bis zur Unerträglichkeit steigert, müssen die Arbeiter handeln. Ihre Lage verträgt es **nicht,** ruhig anzusehen, wie die Bürgerlichen mit den sozialdemokratischen Führern katzbalgen, wie die Ministersessel in Sachsen verteilt werden.

Die **Kommunistische Partei** hat während des Wahlkampfes **offen erklärt,** daß ein **Kampf für die Interessen des Proletariats** nur außerparlamentarisch von Erfolg sein kann, daß die Existenz aller Werktätigen nur gesichert werden kann, wenn die Bourgeoisie gestürzt und unter der Diktatur des Proletariats die kommunistische Wirtschaft aufgebaut wird. **Die Kommunistische Partei ist bereit, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen!**

Die linke Sozialdemokratie hat ihre ¾ Millionen Stimmen deshalb erhalten, weil sie die Politik **der 23 als Arbeiterverrat** und die 23 als Verbrecher und Handlanger **der Reaktion** bezeichnet hat. Die linken Führer haben den Arbeitern eine bessere Politik versprochen. Wenn sie auch nur eine Spur von Ehrlichkeit besitzen, müssen sie gleichfalls die Arbeiter auf-